97. Jahrgang. Nr. 472

Donnerstag, 6. Oktober 1932

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241 Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011 Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 16 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Rabattabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# London gibt den Konferenzvorschlag auf

## Herriot sabotiert die Vermittelungsbemühungen

**London, 5. Okt. In politischen Kreisen Londons herrschte am Mittwochabend fast durchweg der Eindruck, daß die englische Regierung den Plan einer Londoner Konferenz, auf der zwischen den vier Mächten England, Deutschland, Frankreich und Italien die deutsche Gleichberechtigungsforderung besprochen werden sollte, nicht mehr weiterverfolgen wird. Die von Herriot vorgebrachten Einwände ließen keine Hoffnung mehr auf eine französische Zustimmung. Eine amtliche englische Mitteilung darüber, daß die Konferenz nicht stattfinden wird, ist in London noch nicht ausgegeben worden, vielmehr wird erklärt, daß die Angelegenheit „noch erwogen" würde.**

Während bisher stets die Auffassung vertreten wurde, daß eine Fortsetzung der Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Deutschlands undenkbar sei, äußert man jetzt die Ansicht, daß die Arbeiten dieser Konferenz unbedingt fortgesetzt werden müssen, und daß, ebenso wie bei den Erörterungen des Abrüstungsbüros, die deutsche Nichtbeteiligung in Kauf genommen werden müsse. Man hofft, daß der weitere Gang der Abrüstungskonferenz eine Lage schafft, die es Deutschland ermöglicht, seine Mitarbeit am Abrüstungswerk mit seinen Wünschen zu vereinen.

An den amtlichen deutschen Stellen betont man dazu, daß eine Wiederbeteiligung Deutschlands natürlich nur in Frage käme, wenn der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung entsprochen würde. Eine Regelung etwa in der Weise, daß man die deutsche Forderung in der Form einer „theoretischen Gleichheit" annimmt und daß Deutschland zugleich sich dazu bekennt, insbesondere die bestehenden Grenzverhältnisse im Osten nicht anzutasten, kommt, wie betont wird, auf keinen Fall in Frage.

### Die enormen Völkerbundsgehälter werden nicht gesenkt

**Genf, 5. Oktober.** Der Budgetausschuß der Völkerbundsversammlung hat heute nach mehrtägigen Beratungen eine Entschließung über die Gehälter der Völkerbundsbeamten angenommen. Die von England und Deutschland erhobene Forderung einer allgemeinen Herabsetzung der Gehälter im Sekretariat konnte sich nicht durchsetzen. Es wurde insbesondere von seiten des Generalsekretärs des Völkerbundes und des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes der Standpunkt vertreten, daß eine Herabsetzung nur mit Zustimmung des Personals möglich sei. Man hat beschlossen, die Ansicht eines Juristenkomitees über diese Frage einzuholen.

Der schwedische Delegierte stellte den Antrag auf Abschaffung der Untergeneralsekretäre. Sir Eric Drummond verteidigte die Einrichtung der Untergeneralsekretärsposten, die ein Bindeglied zwischen dem Generalsekretär und den Großmächten über die internationale Zusammenarbeit der ganzen Welt sei. — Die Frage, deren Diskussion heute begonnen hat, ist deshalb sehr wichtig, weil es sich hier in entscheidender Weise um den künftigen Einfluß Deutschlands in der obersten Leitung des Völkerbundssekretariats handelt. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

## Wien im Fahrwasser von Paris

Während Deutschland im harten Kampf um seine Gleichberechtigung steht, läßt sich der österreichische Bruderstaat immer mehr ins französische Fahrwasser treiben. Welche Fortschritte die Anlehnung an Frankreich bereits gemacht hat, darüber geben zwei sehr bezeichnende Gesandtenwechsel Oesterreichs in Berlin und in Paris den besten Aufschluß. Aehnlich wie das letzte Revirement im deutschen Auswärtigen Dienst bringen auch sie einen grundlegenden Kurswechsel der österreichischen Außenpolitik zum Ausdruck. Die Wiener Bundesregierung hat den Berliner Gesandten Dr. Frank ganz plötzlich abberufen und will an seine Stelle den dem neuen franzosenfreundlichen Kurs ergebenen Abgeordneten Schumy setzen. Umgekehrt soll der österreichische Gesandte Dr. Grünberger in Paris durch den Baron v. Pflügl, den bisherigen Vertreter der österreichischen Interessen in Genf, ersetzt werden. Nun war bereits Dr. Grünberger einer jener österreichischen Diplomaten, die seit langem ihre Aufgabe darin sahen, die Pariser Machthaber bei möglichst guter Laune zu erhalten. Wenn ein österreichischer Staatsmann einmal ein anschlußfreundliches Wort fallen ließ, dann war er der erste, der sich beeilte, die Stirnfalten der französischen Diplomaten zu glätten und jedes österreichische Bekenntnis zum Deutschtum zu verharmlosen. Als einmal der verstorbene Bundeskanzler Schober, ein treuer Freund Deutschlands, in einer Rede davon sprach, daß Deutsche und Oesterreicher eine Nation seien, erklärte dieser Beschwichtigungsrat im Diplomatenfrack aus freien Stücken den Franzosen, daß nach österreichischem Sprachgebrauch Nation lediglich Rasse, aber beileibe nicht Volk bedeute.

Um so kennzeichnender ist, daß selbst dieser Mann dem neuen franzosenfreundlichen Kurs des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß nicht mehr genügt, weil man in Baron v. Pflügl einen noch ergebeneren Anhänger des Quai d'Orsay besitzt, der bereits in Genf wegen seines braven und sittsamen Verhaltens die freudige Aufmerksamkeit der Franzosen erregt hat. Er spricht nur französisch, ist stolz darauf, Ritter der französischen Ehrenlegion zu sein, und er vermied es in Genf vor allem peinlich, in irgendwelche Berührung mit den deutschen Völkerbundsdelegationen zu kommen. Das Benehmen dieses seltsamen Diplomaten hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in Oesterreich peinlichstes Aufsehen erregt. Am schmerzlichsten aber hat überall die unerhört würdelose Dankrede für die zu den demütigendsten Bedingungen gewährte Völkerbundsanleihe berührt, in der Pflügl in den überschwenglichsten Worten die Weisheit und Güte Frankreichs lobte. Es spricht Bände, daß dieser Mann sich dadurch nicht etwa unmöglich gemacht hat, sondern sogar für würdig befunden wurde, Oesterreich von jetzt ab in Paris zu vertreten. Um die Gesinnung Pflügls voll zu verstehen, muß man in Betracht ziehen, daß er ein unbedingter Anhänger des legitimistischen Gedankens ist. Die Legitimisten, deren stärkste Hoffnung der ungarische Königsthron ist, werden bei ihren Bestrebungen vor allem von Frankreich unterstützt. Paris sieht in einem verkleinerten, durch einen Habsburger in Personalunion neu verbundenen Oesterreich-Ungarn die beste Garantie zur endgültigen Beseitigung der „Anschlußgefahr". Ja, darüber hinaus erhofft es von einem habsburgischen Monarchen, der von Paris abhängig ist, die endgültige Sicherung seines Einflusses im südosteuropäischen Raum. Auch Ungarn hat ja bereits eine Schwenkung nach Paris vollzogen.

Von Polen, den baltischen Randstaaten, der Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Südslawien bis nach Griechenland wäre dann der mitteleuropäische und südosteuropäische Raum von einer völlig im Banne Frankreichs stehenden Staatengruppe erfüllt. Nimmt man noch in Westeuropa das seit der Revolution noch stärker als bisher unter den Pariser Einfluß geratene Spanien hinzu, dann vermag man die französische Machtstellung in ihrer vollen Stärke abzuschätzen, in die Dollfuß und der Legitimist Pflügl unser österreichisches Brudervolk leider bereits weitgehend eingegliedert haben. Dollfuß begnügte sich nicht damit, für einige kümmerliche Anleihegelder, die Oesterreichs Schwierigkeiten kaum einige Monate beheben werden, auf das Recht auf Anschluß für 50 Jahre zu verzichten. Er und seine Parteifreunde im österreichischen Zentrum haben sogar bei der Beratung des Lausanner Abkommens Deutschland in der gröbsten Weise verdächtigt.

# Deutsche Großsiedlung in Südamerika

## 250 000 deutsche Siedlerstellen geplant

**Berlin, 5. Oktober.** In der südamerikanischen Presse ist zur Zeit eine große Aussprache im Gange über die von dem General Kundt, dem ehemaligen Generalinstrukteur der bolivianischen Armee, erwogenen Pläne, im Quellgebiet des Amazonenstromes 250 000 Deutsche anzusiedeln. Die Pläne des Generals Kundt sind so weit gediehen, daß demnächst der deutschen und den in Betracht kommenden südamerikanischen Länderregierungen genaue Vorschläge unterbreitet werden sollen. Wie man in der südamerikanischen Presse lesen kann, befassen sich mit der Ausarbeitung dieser Pläne seit Jahren die besten Kenner und Fachleute der dortigen Gebiete und man rechnet sowohl in politischer wie in finanzieller Hinsicht mit keinerlei ernsthaften Schwierigkeiten bei der Durchführung der Vorschläge Kundts. Die Siedlungsmethode, die man zur Anwendung bringen will, soll

**vollkommen auf Massensiedlung abgestellt**

werden. Es sollen nur die geeigneten klimatischen Gegenden für die Ansiedlung ausgesucht werden, und auch die einzelnen technischen Anlagen, die man auf Grund der vorhandenen natürlichen Schätze ansetzen will, sollen so ausgewählt werden, daß der Absatz der anfallenden Erzeugnisse keine Schwierigkeiten bereiten würde. Die Grundlage der gesamten Vorschläge soll streng genossenschaftlich sein. Jugendliche Arbeitslose und unausgebildete Leute sollen überhaupt nicht in Betracht kommen. Als Mitglieder der einzelnen Genossenschaften sollen

**nur Verheiratete mit Familie, vor allem ältere und kinderreiche, aufgenommen**

werden. In erster Linie sollen die Arbeitslosen berücksichtigt werden, die durch die Nationalisierung der Industriewirtschaft in Europa möglicherweise zu einer ständigen Arbeitslosigkeit verurteilt sind. Gerade der Teil der Arbeitslosen, der zu einer Umschulung zu alt und selbst bei einer Wiederkehr der Konjunktur keine Beschäftigung mehr finden würde, soll in erster Linie berücksichtigt werden. Das soll vor allem auch deshalb geschehen, damit diese Arbeitslosen, die vielfach über große Familien verfügen, nicht nur für sich, sondern auch für ihre Familie Unterkommen finden. Soweit Nachrichten darüber vorliegen, hat man

**wegen der Finanzierung mit nordamerikanischen Finanzhäusern schon engste Fühlung**

genommen. Es sollen auch bereits Zusagen vorliegen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich für die Angelegenheit interessiert und eine Umfrage veranstaltet, bei der mehr als 30 Prozent aller befragten nordamerikanischen Wirtschaftler sich dahin äußerte, daß diese neue Form der Siedlung beachtlich sei.

## Gefängnisstrafen für die „Angriff"-Redakteure

**Berlin, 5. Okt. In dem Prozeß gegen die „Angriff"-Redakteure Dr. Lippert und Krause wegen Beleidigung des ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und des ehemaligen Polizeipräsidenten Grzesinski verurteilte die 5. Große Strafkammer beim Landgericht I Dr. Lippert wegen übler Nachrede und Beleidigung auf Grund der strafverschärfenden Ehrenschutzbestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zu drei Monaten Gefängnis und den Redakteur Krause zu fünf Monaten Gefängnis. Dem beleidigten ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und dem ehemaligen Polizeipräsidenten Grzesinski wurde die Publikationsbefugnis des Urteils im „Angriff", sowie in vier weiteren Berliner Tageszeitungen zugesprochen.**

**In der Urteilsbegründung**

erklärte der Vorsitzende, daß die Angeklagten den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen nur sehr lückenhaft angetreten hätten. Bei der Nachprüfung der Frage, ob die Angeklagten in entschuldbarem gutem Glauben gehandelt hätten, habe das Gericht feststellen müssen, daß die diesbezüglichen Unterlagen so dürftig waren, daß ihnen dieser gute Glaube nicht zugebilligt werden konnte. Auch die Anwendung des Paragraphen, der die Wahrung berechtigter Interessen behandelt, komme für die Angeklagten nicht in Frage.

Die „Reichsarbeitsgemeinschaft der nationalsozialistischen Journalisten" hat an den Reichsjustizminister folgendes Telegramm gesandt: „Die Reichsarbeitsgemeinschaft der nationalsozialistischen Journalisten hat mit Empörung Kenntnis genommen von dem ungeheuerlichen Urteil, das die 5. Große Strafkammer beim Landgericht I in Berlin gefällt hat. Es sollen hier auf Grund der Notverordnung Männer ins Gefängnis geworfen werden, die nach bestem Wissen und im Interesse der Volksgesundheit Zustände beleuchtet und sich mit Persönlichkeiten befaßt haben, die durch Zeugen- und Sachverständigenaussagen im Verlaufe des Prozesses jedenfalls vor der gesamten Oeffentlichkeit aus Klägern zu Angeklagten wurden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der nationalsozialistischen Journalisten erhebt gegen dieses Urteil, das selbst unter Anwendung der angezogenen Notverordnung völlig unhaltbar ist, allerschärfsten Protest."

## Ein Aufruhrprozeß in Halle

**Halle, 6. Okt.** Vor der 8. Strafkammer in Halle hatten sich gestern 26 Erwerbslose aus dem Kreise Bitterfeld zu verantworten, die in Sandersdorf im Kreise Bitterfeld Anfang Juli dieses Jahres gegen die Kürzung ihrer Unterstützungssätze demonstriert und das Rathaus gestürmt hatten. Es war zu einer Schießerei gekommen und eine Frau dabei tödlich verletzt worden. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, neunzehn erhielten wegen Aufruhrs in Tateinheit mit schwerem bzw. einfachem Landfriedenbruchs Gefängnisstrafen von einem Jahr bis zu vier Wochen.

## Kommunistische Massenverhaftungen

**Stuttgart, 5. Okt.** In dem in der Nähe von Stuttgart gelegenen Waldheim Stillenbuch wurden im Laufe des Mittwochs 41 Kommunisten, die dort angeblich einen Kursus veranstalteten, unter dem Verdacht des Hochverrats festgenommen und ins Stuttgarter Polizeipräsidium eingeliefert.

**Heute:**

## Literarische Umschau

Seite 9